

Armutsspirale stoppen

Vor dem Hintergrund der Energiekrise stellt sich die Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) auf einen wachsenden Hilfsbedarf ein. Bereits jetzt suchten mehr Menschen als zuvor Beratungsstellen auf, sagte Diakonie-Direktorin Ursula Schoen, im Gespräch mit Bettina Gabbe vom Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. Nötig seien rasche und unkomplizierte Hilfen, um die Betroffenen vor Überschuldung zu bewahren.

Frau Schoen, wie bereiten Sie sich auf den Herbst und Winter mit voraussichtlich mehr Menschen vor, die Heiz- und Energiekosten nicht mehr tragen können?

Wir verfolgen aufmerksam die aktuellen Entwicklungen. Dazu gehört auch eine differenzierte statistische und sozialpolitische Analyse, wo jetzt am schnellsten und intensivsten gehandelt werden muss und wo der höchste Handlungsbedarf besteht. Über unsere Beratungs- und Hilfseinrichtungen nehmen wir wahr, dass die Zahl derer, die unsere Beratungsstellen aufsuchen, immer weiter steigt, gerade auch aus dem mittleren Einkommenssegment, insbesondere auch bei Selbstständigen. Die Zahl derer, die nicht mehr die Rücklagen haben, um die täglichen finanziellen Belastungen zu schultern, steigt. Das bedeutet, dass wir uns auf eine Armutsspirale zubewegen, die wir dringend stoppen müssen.

Tankrabatt und 9-Euro-Ticket kamen auch Menschen zugute, die nicht durch Preissteigerungen in Not geraten waren. Wie sollten gezielte Hilfen für von Armut bedrohte Bevölkerungsschichten aussehen?

Wir fordern, dass wir Prozess- und Prüfverfahren entwickeln, mit denen kurzfristig und schnell etwa in einer Energieverschuldungssituation finanzielle Hilfe geleistet werden kann. Wir haben in Berlin eine hohe Belastung durch eine hoch komplizierte Bürokratie. Was wir jetzt brauchen, sind schnelle Hilfen. Jeder weiß, wie schnell sich eine Fülle von anderen Problemen ergibt, wenn man nicht mehr zahlungsfähig ist. Die bundespolitisch geplanten Übergangslösungen für diesen Winter in Form von Direktzahlungen reichen nicht aus. Die Pläne für das kommende Jahr gehen nicht weit genug.

Wo besteht der dringendste Bedarf?

Das ist vor allem die Gruppe derer, die Sozialleistungen beziehen. Da geht es darum, in welchem Umfang Wohnungs-, Heiz- und Lebensunterhaltskosten refinanziert werden. Das Entlastungspaket III zementiert die soziale Unwucht, die durch die Krisen immer weiter beschleunigt wird.

Sehr dringend sehen wir den Bedarf in der Beratungsstruktur, dass wir Menschen beraten können, ehe sie in eine schwere Verschuldungsstruktur hineinkommen. Beratungsstellen haben eine wichtige



Nicht auf den ersten Blick als Armutgefährdet zu erkennen: Soloselbstständige, die nahezu alle Kosten aus eigener Tasche bezahlen müssen (Foto oben). Diakonie-Direktorin Ursula Schoen (rechts) bildet zusammen mit Vorständin Andrea Asch die Doppelspitze des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Fotos: Edeta Tumisu, CCO; Christian Ditsch/epd

Vernetzungsaufgabe, sie zeigen Zugänge zu Unterstützung. Da sind wir im Moment sehr aktiv, weil wir im Land Berlin keine Bemühungen sehen, den Beratungsbereich angemessen finanziell zu unterstützen oder gar auszubauen.

Welche Gruppen trifft die Energiekrise am härtesten?

Hartz-IV-Empfänger sind in ein Regelwerk eingebunden. Für uns ist es wichtig, mit denen in Kontakt zu kommen, die jetzt ganz plötzlich von Armut betroffen sein werden, weil ihre Rücklagen aufgebraucht sind, weil sie nicht mehr die Strom- und Heizkosten aufbringen können. Das sind Menschen, die bisher mit ihrem Einkommen leben konnten und die jetzt in eine Situation kommen, in der sie aus einem weitgehend selbstständig finanzierten Leben in eine Abhängigkeit geraten. Das sind Zielgruppen auf der Schwelle, die drohen in Armut zu fallen.

Wo macht sich die Not bereits jetzt bemerkbar?

Wir haben viele Menschen aus dem Selbständigenbereich. Gerade für diese Gruppe ergeben sich jetzt Situationen, die sie kaum mehr bewältigen können. Wir erleben Architekten, Berater, Menschen, die im Design arbeiten, die Läden haben. All diese Menschen sind aktuell davon bedroht, dass ihre Existenz finanziell entgleitet. Unseren Beratungsstellen geht es immer auch um eine psychosoziale Hilfe. Mit der Existenzangst entwickelt sich eine tiefe Angst vor der Zukunft und letztlich auch eine Verunsicherung, die Menschen lähmt, und genau in das Gegenteil von dem führt, was sie jetzt tun müssten; dass sie passiv werden, anstatt aktiv Entscheidungen zu treffen.

Wo sehen Sie den stärksten politischen Handlungsbedarf?

Wir müssen alles tun, damit unsere Gesellschaft nicht auseinanderbricht an dieser großen Herausforderung, dass immer mehr Menschen in die Armut rutschen.



Diakonisches Entlastung

Berlin/epd Das Diakonische Werk Be lausitz hat das dritte Entlastungspaket kritisiert. Diakonie-Vorständin Andrea Asch Berlin „ein wuchtiges Verunsicherungsausgewogener Kompromiss: „Millionen Ärmsten das fehlt, was sie jetzt Leben brauchen“, sagte Asch.

Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb auch Spitzenverdiener unterstützt werden, um die Einkommensmillionären die Erhöhung freuen. Dagegen würde bei den weiterhin auf die Transferleistungen

„
Mit der Existenzangst entwickelt sich eine tiefe Angst vor der Zukunft und letztlich auch eine Verunsicherung, die Menschen lähmt, und genau in das Gegenteil von dem führt, was sie jetzt tun müssten; dass sie passiv werden, anstatt aktiv Entscheidungen zu treffen.